

Mündlicher Bericht
des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)
zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1962
(Haushaltsgesetz 1962)
— Drucksache IV/200 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Schoettle

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1962 (Haushaltsgesetz 1962) nebst Gesamtplan in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
2. den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Vorwegbewilligung von Planstellen für das Rechnungsjahr 1962 — Drucksache IV/184 — für erledigt zu erklären.

Bonn, den 30. März 1962

Der Haushaltsausschuß
Schoettle
Vorsitzender und Berichterstatter

Zusammenstellung
des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1962
(Haushaltsgesetz 1962)
— Drucksache IV/200 —
mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1962
(Haushaltsgesetz 1962)**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1962
(Haushaltsgesetz 1962)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962 wird in Einnahme und Ausgabe auf

53 540 134 000 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

51 740 086 900 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 800 047 100 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962 wird in Einnahme und Ausgabe auf

53 404 353 300 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

51 597 306 200 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 807 047 100 Deutsche Mark.

§ 2

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 3

(1) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 80 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(2) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1962 als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß bewegliche Sachen, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind und im Eigentum des Bundes stehen, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberesultat und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 3

unverändert

§ 4

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 5

§ 75 der Reichshaushaltsordnung ist im Rechnungsjahre 1962 in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1961 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1962 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben, soweit nicht besondere Ausgabemittel zur Deckung dieser Ausgaben im Haushaltsplan veranschlagt sind. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet sind, sowie über Ausgabemittel des außerordentlichen Haushalts bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Auch der Beginn von Hochbaumaßnahmen bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite, insbesondere bei den Einnahmen aus den Beiträgen der Länder zum Ausgleich des Fehlbedarfs im Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962, oder die Sicherung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts es erfordern.

§ 8

(1) Alle Ausgabenansätze sind nur mit einem um 12 vom Hundert niedrigeren Betrag bewilligt. Das gilt nicht für den Verteidigungshaushalt und für Ausgaben, zu deren Leistung der Bund rechtlich verpflichtet ist.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann eine Befreiung des einzelnen Haushaltsansatzes von der 12prozentigen Kürzung zulassen, wenn die Ausgabe bis zur vollen Höhe des Ausgabenansatzes aus unabweislichen Gründen zwangsläufig ist.

§ 5

unverändert

§ 6

unverändert

§ 7

(1) unverändert

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite oder die Sicherung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts es erfordern.

§ 8

entfällt

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 9

§ 9

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

(1) unverändert

1. Titel 104 a und 104 b,
2. Titel 108 und 217,
3. Titel 201 a, b und c,
4. Titel 204 und 205,
5. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

(2) unverändert

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;
5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(3) unverändert

(4) Innerhalb des Kapitels 14 12 sind gegenseitig deckungsfähig die Mittel folgender Titel:

(4) unverändert

1. Titel 711 bis 716,
2. Titel 717 bis 723,
3. Titel 725 bis 730,
4. Titel 731 bis 739,
5. Titel 741 bis 746,
6. Titel 750 bis 759,
7. Titel 760 bis 768,
8. Titel 771 bis 774,
9. Titel 780 bis 783,
10. Titel 791 bis 796,
11. Titel 801 bis 806,
12. Titel 811 bis 816,
13. Titel 817 bis 824.

(5) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

- Kapitel 10 02 Titel 570 a und 570 b,
 Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b,
 Kapitel 32 05 Titel 680 und 681,
 Kapitel 60 02 Titel 571 a und 571 b,
 Kapitel 60 02 Titel 955 a und 955 b,
 Kapitel 60 04 Titel 950 a und 950 b.

(5) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

- Kapitel 10 02 Titel 570 a und 570 b,
 Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b,
 Kapitel 32 05 Titel 680 und 681,
 Kapitel 60 02 Titel 571 a und 571 b,
 Kapitel 60 02 Titel 955 a und 955 b,
Kapitel 60 02 Titel 957 a und 957 b,
 Kapitel 60 04 Titel 950 a und 950 b.

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(6) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 29 Titel 215 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 06 29 Titel 703;
3. Einsparungen bei Kapitel 06 30 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 30 Titel 215 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 571 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 571 a oder 571 c;
5. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 572 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 572 a;
6. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 573 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 573 a;
7. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 574 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 574 a;
8. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 575 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 575 a;
9. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 576 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 576 a;
10. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 577 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 577 a;
11. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 579 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 579 a;
12. Einsparungen bei Kapitel 10 10 Titel 306 zur Verstärkung der bei Kapitel 10 10 Titel 300 veranschlagten Mittel;
13. Einsparungen bei Kapitel 12 17 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b veranschlagten Mittel;
14. Einsparungen bei Kapitel 14 12 Titel 825 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 14 12 Titel 220 und Titel 711 bis 824;
15. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 570 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
16. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
17. *Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 571 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 571 a veranschlagten Mittel;*
18. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 580 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 580 a veranschlagten Mittel;

(6) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert
5. unverändert
6. unverändert
7. unverändert
8. unverändert
9. unverändert
10. unverändert
11. unverändert
12. unverändert
13. unverändert
14. unverändert
15. unverändert
16. unverändert
- Nummer 17 entfällt**
18. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
19. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 581 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 581 a veranschlagten Mittel;	19. unverändert
20. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 582 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 582 a veranschlagten Mittel;	20. unverändert
21. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 582 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 582 a veranschlagten Mittel;	21. unverändert
22. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 588 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 588 a veranschlagten Mittel;	22. unverändert
23. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 830 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 830 a veranschlagten Mittel;	23. unverändert
24. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 830 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 830 a veranschlagten Mittel;	24. unverändert
25. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 960 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 36 04 Titel 712;	25. unverändert
26. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 961 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 36 04 Titel 717;	26. unverändert
27. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 714 zur Verstärkung der bei Kapitel 36 04 Titel 609 veranschlagten Mittel;	27. unverändert
28. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 575 a veranschlagten Mittel;	28. unverändert
29. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 710 veranschlagten Mittel.	29. unverändert
(7) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesminister der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.	(7) unverändert
(8) Die übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 02 bis 35 04 sind nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel gegenseitig deckungsfähig.	(8) unverändert
(9) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 11 a, 35 11 b nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel anzuordnen.	(9) unverändert

§ 10

Die im Haushaltplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn dürfen abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, die zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zugelassen sind, wenn sie erfolgreich in

§ 10

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt sind und, soweit erforderlich, die Aufstiegsprüfung abgelegt haben.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen ist berechtigt, für das Rechnungsjahr 1962 im Benehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen eine nicht ruhegehaltfähige und widerrufliche Stellenzulage (§ 21 des Bundesbesoldungsgesetzes) zu gewähren.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages neue Planstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu schaffen, wenn der Mehrbedarf auf Grund neuer Aufgaben unabweisbar und unaufschiebbar ist und nicht durch Übertragung von Planstellen nach § 19 Abs. 2 gedeckt werden kann. Über den weiteren Verbleib dieser Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 13

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen, soweit dies gemäß § 71 e des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1578) erforderlich ist.

§ 14

Nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Rechtsstellung der zu Offizieren im Verwaltungsdienst der Truppe ernannten Beamten der Bundeswehr erhalten diese vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ernennung zu Soldaten auf Zeit Dienstbezüge aus den bei Kapitel 14 04 und 14 07 für den Verwaltungsdienst der Truppe veranschlagten Planstellen entsprechend den Dienstgraden, die ihnen auf Grund des obengenannten Gesetzes verliehen worden sind.

§ 11

unverändert

§ 12

(1) Ausgaben bei den Titeln 101 und 102 dürfen nur nach Maßgabe der für das Rechnungsjahr 1962 durch den Haushaltsplan und durch den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages nach den Absätzen 2 und 3 bewilligten Planstellen geleistet werden. Die darüber hinausgehenden Beträge sowie die davon abhängigen Sachausgaben sind gesperrt.

(2) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist ermächtigt, Planstellen zu streichen, umzuwandeln oder zu übertragen sowie im Rahmen des Regierungsentwurfs des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1962 umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen.

(3) Darüber hinaus dürfen auf Antrag des Bundesministers der Finanzen zusätzliche Planstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ nur geschaffen werden, wenn der Mehrbedarf auf Grund neuer Aufgaben unabweisbar ist; über den weiteren Verbleib dieser Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die beamteten Hilfskräfte (Titel 103), für die nicht-beamteten Kräfte (Titel 104 a und 104 b) sowie für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 105).

§ 13

unverändert

§ 14

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 15

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des

§ 15

unverändert

§ 16

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Änderungsgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzblatt I S. 662) und des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 26. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 297) zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1962 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden verpflichtet, ein Drittel von den im Rechnungsjahr 1962 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Deutschen Bundesbank auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht. Das zu übernehmende Drittel wird im Verhältnis 3 : 2 auf die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost aufgeteilt.

(3) Soweit die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nach den Absätzen 1 und 2 zur

§ 17

unverändert

§ 18

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Übernahme von Zinsen verpflichtet werden, sind die Zinsverpflichtungen nur aus dem Sondervermögen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erfüllen.

§ 19

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragungen nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofs von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 20

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 21

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 20 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1961 vom 10. April 1961 (Bundesgesetzbl. II S. 357) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1961 bleibt bis zum 31. Dezember 1962 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1962 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 800 047 100 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 19

unverändert

§ 20

unverändert

§ 21

(1) unverändert

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1962 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von **1 807 047 100** Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 22

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die im Rechnungsjahr 1961 über die Haushaltsansätze und den Ermächtigungsrahmen des § 20 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1961 hinaus unter Vorbehalt der Genehmigung durch ein künftiges Haushaltsgesetz übernommenen weiteren Verpflichtungen zur Förderung der Entwicklungsländer bis zur Höhe von 1 850 000 000 Deutsche Mark endgültig einzugehen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Rechnungsjahr 1962 Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre zur Förderung der Entwicklungsländer bis zum Betrage von 1 250 000 000 Deutsche Mark einzugehen. Die Ermächtigungsrahmen in Absatz 1 und bei Kapitel 23 02 Titel 300 bleiben hiervon unberührt.

§ 23

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. zugunsten deutscher Ausführer

a) für Ausfuhrgeschäfte. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt,

b) für Ausfuhrgeschäfte, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht;

2. für Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht, oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder

§ 22

unverändert

§ 23

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 14 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 7 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 24

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 25

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 3 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt;
2. für Vorsorgemaßnahmen in Berlin.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 6 750 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Landesrentenbank aus der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen erwachsen (zu vergleichen § 4 des Gesetzes über die Deutsche Landesrentenbank vom 7. Dezember 1939 — Reichsgesetzbl. I S. 2405 — in der Fassung des § 5 des Gesetzes zur Förderung der landwirt-

§ 24

unverändert

§ 25

unverändert

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 6 750 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Landesrentenbank aus der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen erwachsen (zu vergleichen § 4 des Gesetzes über die Deutsche Landesrentenbank vom 7. Dezember 1939 — Reichsgesetzbl. I S. 2405 — zuletzt geändert durch § 30 des Gesetzes über Maßnahmen zur

Entwurf

schaftlichen Siedlung vom 15. Mai 1953 — Bundesgesetzbl. I S. 224);

5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan;
6. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
7. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 27

Auf die Höchstbeträge der §§ 23 bis 26 werden nach Maßgabe der Nummern 1 bis 5 die dort bezeichneten Gewährleistungen angerechnet, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat:

1. auf den in § 23 Abs. 2 festgelegten Höchstbetrag von 14 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
2. auf den in § 23 Abs. 2 festgelegten Höchstbetrag von 7 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 21 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 2 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
3. auf den in § 24 festgelegten Höchstbetrag von 1 500 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 22 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
4. auf den in § 25 festgelegten Höchstbetrag von 3 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 23 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 4 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
5. auf den in § 26 festgelegten Höchstbetrag von 6 750 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 24 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 5 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind.

§ 28

(1) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Verbesserung der Agrarstruktur und zur Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe vom 28. Juli 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 1091);

5. unverändert
6. unverändert
7. unverändert

§ 27

unverändert

§ 28

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(2) Gewährleistungen nach den §§ 23 bis 26 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 23 bis 26 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 29

(1) Die §§ 20, 21, 23 bis 28 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich über den Stand der nach §§ 23 bis 28 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 29

unverändert

§ 29 a

Ausgleichsbeträge nach § 1 des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft vom 31. März 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 239) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft vom 27. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1081) werden dem Geflügelhalter nicht gewährt, wenn die Voraussetzungen für die Zahlung des Ausgleichsbetrages nach dem Zeitpunkt eingetreten sind, von dem ab die Abschöpfungsregelungen nach den Verordnungen des Ministerrats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Eier und Geflügel angewandt werden.

§ 30

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr bei der Durchführung des Straßenbauplans 1962 eine Gesellschaft des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen zu beauftragen. Hierbei finden die Vorschriften des Abschnitts IV des Verkehrsfinanzgesetzes 1955 vom 6. April 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 166) entsprechende Anwendung.

§ 30

unverändert

§ 31

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 31

unverändert

§ 32

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 32

unverändert

Entwurf

§ 33

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 34

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1962 in Kraft.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 33

unverändert

§ 34

unverändert

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1962

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	213 600	213 600
01 03	Bundespräsidialamt	29 200	— 6 000	1 216 300	1 057 100
	Zusammen	29 200	— 6 000	1 429 900	1 270 700
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	185 300	— 12 200	9 357 200	8 044 500
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	600	—	448 300	394 100
	Zusammen	185 900	— 12 200	9 805 500	8 438 600
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	23 200	— 1 000	1 281 600	1 175 300
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	15 100	— 600	2 905 200	2 712 400
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	15 219 100	+ 16 800	7 126 700	6 588 400
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	15 234 200	+ 16 200	10 031 900	9 300 800
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	828 200	+ 359 200	22 258 200	20 729 900
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	4 460 000	+ 740 000	123 298 200	118 617 100
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Zusammen	5 288 200	+ 1 099 200	145 556 400	139 347 000
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	34 300	— 5 900	15 939 200	14 134 000
06 02	Allgemeine Bewilligungen	5 976 400	+ 3 825 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	179 000	+ 23 600	3 740 000	3 451 700
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	400	+ 300	427 300	293 500
06 05	Bundesdisziplinarhof	1 000	—	1 309 900	1 196 900
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	100	—	336 000	309 800

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	
140 000	140 000	500 000	375 600	—	—	853 600	+ 125 000	01 01
752 600	584 600	1 165 000	288 000	304 500	65 900	3 438 400	+ 1 442 800	01 03
892 600	724 600	1 665 000	663 000	304 500	65 900	4 292 000	+ 1 567 800	
4 750 400	4 118 000	23 830 900	23 467 800	1 085 000	1 713 000	39 023 500	+ 1 680 200	02 01
163 200	151 300	—	—	—	—	611 500	+ 66 100	02 03
4 913 600	4 269 300	23 830 900	23 467 800	1 085 000	1 713 000	39 635 000	+ 1 746 300	
440 100	415 800	234 000	184 900	—	—	1 955 700	+ 179 700	03 01
604 700	570 700	700 000	700 000	588 500	13 600	4 798 400	+ 801 700	04 01
— 8 112 400	— 8 100 000	—	—	—	—	— 8 112 400	— 12 400	04 02
2 021 000	1 400 500	77 580 700	69 374 700	1 625 900	662 000	88 354 300	+ 10 328 700	04 03
—	—	52 497 600	44 282 400	—	—	52 497 600	+ 8 215 200	04 04
— 5 486 700	— 6 128 800	130 778 300	114 357 100	2 214 400	675 600	137 537 900	+ 19 333 200	
17 073 100	14 370 800	191 500	91 500	1 376 800	1 561 800	40 899 600	+ 4 145 600	05 01
—	—	208 159 600	258 645 800	19 360 000	—	217 519 600	— 41 126 200	05 02
27 965 000	25 559 000	3 107 700	2 423 600	25 473 400	10 641 400	179 844 300	+ 22 603 200	05 03
—	—	2 972 400	2 533 900	—	—	2 972 400	+ 438 500	05 04
45 038 100	39 929 300	214 431 200	263 694 800	36 210 200	12 203 200	441 235 900	— 13 938 900	
2 365 100	2 093 300	101 800	1 800	198 900	31 500	18 605 000	+ 2 344 400	06 01
60 000	— 60 000	524 146 300	459 238 800	32 863 200	22 375 000	556 949 500	+ 75 395 700	06 02
448 900	446 700	14 000	11 800	15 000	31 800	4 217 900	+ 275 900	06 03
53 500	30 700	—	—	—	—	480 800	+ 156 600	06 04
231 900	234 200	45 000	35 000	—	3 900	1 586 800	+ 116 800	06 05
34 800	34 100	18 000	15 000	—	—	388 800	+ 29 900	06 06

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
06					
06 07	Bundesdisziplinarkammern	32 000	+ 10 000	405 800	353 200
06 08	Statistisches Bundesamt	314 600	+ 1 100	24 982 300	21 678 900
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	59 000	+ 13 900	10 649 400	6 978 700
06 10	Bundeskriminalamt	84 300	— 4 200	10 872 500	8 555 100
06 11	Bundesgesundheitsamt	751 200	+ 339 500	6 965 200	5 600 100
06 13	Bundesarchiv	42 900	— 5 000	1 738 500	1 661 700
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	92 100	+ 24 000	1 261 600	1 177 200
06 15	Bundesverwaltungsamt	78 900	— 25 300	4 415 400	3 252 400
06 16	Institut für angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	163 600	+ 9 400	3 609 900	3 423 100
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	428 500	+ 1 200	11 958 700	9 538 000
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	226 200	+ 42 000	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	1 321 200	+ 90 100	116 509 800	111 656 700
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	32 500	+ 1 400	2 185 300	1 897 600
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	24 300	+ 3 000	3 544 900	3 169 100
06 30	Deutsches Historisches Institut	800	—	365 200	374 100
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	1 000	—	69 400	50 400
06 33	Bunddienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	15 100	— 100	814 600	772 000
06 34	Institut für Ost-Westforschung	100	—	818 500	433 500
06 35	Bundeszentrale für Heimatdienst	1 700	—	887 500	676 300
06 36	Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen	30 720 000	— 3 208 000	—	—
	Zusammen	40 581 200	+ 1 136 000	223 805 900	200 634 000
07					
Bundesminister der Justiz					
07 01	Bundesminister der Justiz	1 994 700	+ 52 400	7 337 900	6 131 500
07 04	Bundesgerichtshof	2 159 700	+ 138 000	9 462 000	8 440 700
07 05	Deutsches Patentamt	52 420 000	+ 7 003 000	24 347 000	21 923 000
07 06	Bundespatentgericht	1 000	—	4 683 900	4 295 800
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht	31 600	+ 25 800	1 105 500	1 249 800
	Zusammen	56 607 000	+ 7 219 200	46 936 300	42 040 800
08					
Bundesminister der Finanzen					
08 01	Bundesministerium der Finanzen	311 900	+ 116 800	33 285 900	30 146 900
08 02	Allgemeine Bewilligungen	3 000	+ 3 000	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	5 500	+ 1 000	2 325 500	2 034 400
08 04	Bundesfinanzverwaltung	38 993 800	+ 3 403 000	431 175 600	387 186 800
08 07	Amt für Wertpapierbereinigung in Bad Homburg v. d. H.	706 600	— 348 500	618 400	749 300
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	804 000	794 800
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionsen in Stadthagen	100	—	183 700	256 100
	Zusammen	40 020 900	+ 3 175 300	468 393 100	421 168 300

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	
164 300	152 900	50 000	33 000	—	—	620 100	+ 81 000	06 07
2 486 300	1 015 800	3 192 500	3 044 200	5 788 400	11 397 800	36 449 500	— 1 687 200	06 08
1 597 400	1 189 000	5 917 300	5 470 300	98 700	39 900	18 262 800	+ 4 584 900	06 09
1 497 000	1 243 500	2 153 800	2 470 800	1 563 100	722 400	16 086 400	+ 3 094 600	06 10
1 374 600	1 208 300	1 398 500	1 193 600	2 888 100	2 982 300	12 626 400	+ 1 642 100	06 11
785 400	663 700	547 600	488 500	337 000	506 300	3 408 500	+ 88 300	06 13
397 900	386 700	321 900	276 600	—	—	1 981 400	+ 140 900	06 14
1 088 700	1 006 800	27 252 900	26 749 000	9 700	325 200	32 766 700	+ 1 433 300	06 15
503 900	852 600	513 900	322 000	817 100	37 900	5 444 800	+ 809 200	06 16
2 950 900	2 570 500	34 888 000	31 051 000	56 046 500	83 509 000	105 844 100	— 20 824 400	06 19
—	—	7 440 000	2 266 000	5 000 300	5 494 800	12 440 300	+ 4 679 500	06 24
13 112 800	12 974 700	30 358 000	28 660 500	90 507 000	46 772 200	250 487 600	+ 50 423 500	06 25
259 900	319 300	67 200	45 500	44 600	19 800	2 557 000	+ 274 800	06 26
970 800	976 100	1 671 600	1 421 600	1 263 500	1 120 600	7 450 800	+ 763 400	06 29
107 800	89 700	52 400	42 400	—	10 000	525 400	+ 9 200	06 30
29 600	26 900	10 000	2 500	—	—	109 000	+ 29 200	06 31
133 800	127 500	—	—	—	—	948 400	+ 48 900	06 33
148 200	117 700	105 000	—	106 000	65 600	1 177 700	+ 560 900	06 34
174 900	170 400	8 625 000	8 625 000	—	27 000	9 687 400	+ 188 700	06 35
—	—	595 669 200	665 512 800	1 000 000	3 406 800	596 669 200	— 72 250 400	06 36
30 859 400	28 871 100	1 244 559 900	1 236 977 700	198 547 100	178 879 800	1 697 772 300	+ 52 409 700	
1 159 300	894 500	612 800	520 900	330 300	285 100	9 440 300	+ 1 608 300	07 01
899 000	766 400	375 000	262 700	4 900	190 200	10 740 900	+ 1 080 900	07 04
3 044 200	2 919 600	5 286 900	4 989 000	103 800	124 500	32 781 900	+ 2 825 800	07 05
93 800	61 800	10 000	10 000	—	152 600	4 787 700	+ 267 500	07 06
181 400	363 600	669 800	685 500	—	230 000	1 956 700	— 572 200	07 07
5 377 700	5 005 900	6 954 500	6 468 100	439 000	982 400	59 707 500	+ 5 210 300	
3 376 400	3 174 700	—	—	1 095 500	6 300	37 757 800	+ 4 429 900	08 01
—	—	2 820 200	179 727 800	—	—	2 820 200	— 176 907 600	08 02
215 700	179 400	—	—	—	—	2 541 200	+ 327 400	08 03
121 176 400	112 759 800	4 165 100	225 000	22 805 200	20 627 800	579 322 300	+ 58 522 900	08 04
394 400	527 000	192 200	178 100	—	—	1 205 000	— 249 400	08 07
—	—	—	—	—	—	804 000	+ 9 200	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
41 400	43 700	—	—	—	—	225 100	— 74 700	08 10
125 204 300	116 684 600	7 177 500	180 130 900	23 900 700	20 634 100	624 675 600	— 113 942 300	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
09					
Bundesminister für Wirtschaft					
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	841 800	+ 3 500	27 724 500	24 868 400
09 02	Allgemeine Bewilligungen	493 500	+ 74 200	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	3 186 100	+ 206 000	11 590 000	10 513 700
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	4 685 900	+ 594 400	4 114 700	3 530 200
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	59 900	+ 6 300	5 343 000	4 753 100
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	5 800	— 100	1 549 300	1 445 300
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	1 832 900	+ 195 100	5 415 400	5 203 400
09 08	Bundeskartellamt	823 400	+ 300 000	2 896 600	2 644 000
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	3 950 600	+ 741 600	1 948 400	1 872 500
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	1 542 800	+ 460 800	1 142 400	633 000
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	1 700	+ 1 700	797 100	—
	Zusammen	17 424 400	+ 2 583 500	62 521 400	55 463 600
10					
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	226 500	— 3 700	13 239 500	11 877 800
10 02	Allgemeine Bewilligungen	491 051 200	+ 10 606 400	—	—
10 03	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	4 960 900	+ 10 300	3 410 800	3 392 000
10 04	Bundessortenamt	736 700	+ 91 100	1 233 600	1 086 300
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft ..	732 900	+ 110 300	4 809 300	4 315 300
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft ..	434 200	+ 94 000	2 049 500	1 803 000
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	367 600	+ 227 000	1 965 200	1 524 900
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft ..	186 800	— 42 700	1 626 800	1 439 100
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	68 200	+ 5 100	716 000	593 200
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	215 300	+ 30 600	1 153 300	1 038 400
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung	1 695 900	+ 1 526 500	627 500	578 200
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung ..	52 600	+ 40 200	916 000	758 600
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	18 500	— 4 900	361 000	286 900
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	42 100	— 24 200	614 800	539 000
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft	12 300	— 300	379 500	368 700
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz, Landschaftspflege und Vegetationskunde	27 700	+ 27 700	456 000	—
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere ..	32 900	—	1 696 200	1 408 200
	Zusammen	500 862 300	+ 12 693 400	35 255 000	31 009 600
11					
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung					
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	93 600	+ 12 800	10 057 100	9 112 500
11 02	Allgemeine Bewilligungen	37 000	+ 37 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	51 400	+ 11 900	1 780 800	1 500 600
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	5 000	+ 1 000	363 400	314 300
11 05	Bundesarbeitsgericht	77 800	+ 17 400	1 497 200	1 382 300
11 06	Bundesversicherungsamt	12 900	— 1 500	2 004 600	1 851 900
11 07	Bundessozialgericht	103 000	+ 18 000	3 015 700	2 713 700
11 08	Ziviler Ersatzdienst	2 248 800	+ 448 800	1 296 900	1 085 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15
4 032 000	3 896 500	874 500	883 300	1 287 900	1 916 800	33 918 900	+ 2 353 900	09 01
—	—	64 943 700	55 717 000	1 320 000	1 812 500	66 263 700	+ 8 734 200	09 02
2 739 600	2 109 800	1 943 000	1 753 600	4 259 600	3 953 200	20 532 200	+ 2 201 900	09 03
486 000	434 600	47 000	42 000	—	—	4 647 700	+ 640 900	09 04
1 311 200	1 219 500	—	—	3 800 000	2 688 100	10 454 200	+ 1 793 500	09 05
410 700	356 200	1 620 000	1 125 000	5 900	68 600	3 585 900	+ 590 800	09 06
1 065 500	1 071 100	1 574 000	1 392 300	3 339 000	4 092 900	11 393 900	— 365 800	09 07
406 200	448 600	10 000	10 000	5 000	10 000	3 317 800	+ 205 200	09 08
429 200	408 600	1 850 500	1 831 000	2 155 300	5 157 600	6 383 400	— 2 886 300	09 09
356 100	193 000	—	6 000	182 300	250 000	1 680 800	+ 548 800	09 10
225 300	—	60 000	—	731 600	—	1 814 000	+ 1 814 000	09 11
11 461 800	10 137 900	72 922 700	62 760 200	17 086 600	19 949 700	163 992 500	+ 15 681 100	
1 720 400	1 603 800	2 828 100	2 851 300	4 417 200	2 100 800	22 205 200	+ 3 771 500	10 01
—	—	2 290 144 700	1 862 438 100	934 810 000	1 039 317 200	3 224 954 700	+ 323 199 400	10 02
1 589 000	1 575 100	—	—	6 900	4 700	5 006 700	+ 34 900	10 03
173 700	185 800	1 039 100	808 600	21 200	35 600	2 467 600	+ 351 300	10 04
931 000	632 400	978 700	765 200	355 900	584 700	7 074 900	+ 777 300	10 10
420 600	390 600	819 200	592 100	194 300	1 256 800	3 483 600	— 558 900	10 11
427 200	394 400	558 900	189 000	82 100	1 328 700	3 033 400	— 403 600	10 12
259 900	244 800	355 700	245 300	5 500	2 639 400	2 247 900	— 2 320 700	10 13
165 700	164 900	140 300	108 800	—	216 200	1 022 000	— 61 100	10 14
316 800	243 300	402 200	214 200	3 000	116 200	1 875 300	+ 263 200	10 15
113 600	92 500	247 800	216 500	1 527 500	30 000	2 516 400	+ 1 599 200	10 16
165 800	120 800	126 800	70 200	137 900	623 800	1 346 500	— 226 900	10 17
105 900	70 900	71 400	45 400	9 000	—	547 300	+ 144 100	10 18
125 100	93 600	183 700	156 600	—	7 100	923 600	+ 127 300	10 19
107 100	113 300	51 100	44 600	5 000	18 500	542 700	— 2 400	10 20
143 000	—	52 300	—	30 000	—	681 300	+ 681 300	10 21
674 200	683 300	335 600	276 700	285 000	150 000	2 991 000	+ 472 800	10 24
7 439 000	6 609 500	2 298 335 600	1 869 022 600	941 890 500	1 048 429 700	3 282 920 100	+ 327 848 700	
1 672 400	1 671 100	880 000	826 000	444 000	178 800	13 053 500	+ 1 265 100	11 01
—	—	10 508 400	11 337 000	15 800 000	383 000 000	26 308 400	— 368 028 600	11 02
205 800	185 800	—	—	—	—	1 986 600	+ 300 200	11 03
112 400	97 400	17 100	17 100	6 300	5 000	499 200	+ 65 400	11 04
191 800	166 800	65 000	65 000	9 500	—	1 763 500	+ 149 400	11 05
435 400	423 700	—	—	—	6 800	2 440 000	+ 157 600	11 06
255 400	257 700	46 000	40 000	12 400	—	3 329 500	+ 318 100	11 07
125 000	125 000	1 768 400	525 000	800 000	800 000	3 990 300	+ 1 455 300	11 08

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
11					
11 09	Sozialreform	—	—	1 297 800	1 211 200
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	2 175 000	+ 1 195 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	11 204 000	— 802 000	—	—
11 12	Kindergeld	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	1 800 000	+ 930 000	—	—
	Zusammen	17 808 500	+ 1 868 400	21 313 500	19 171 500
12					
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	175 400	+ 1 200	17 860 200	17 860 200
12 02	Allgemeine Bewilligungen	120 309 300	+ 93 078 800	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schiffsverkehrsverwaltung	101 178 600	+ 8 530 000	68 087 000	63 318 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	—	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	—	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	282 800	+ 119 200	1 025 000	947 900
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	33 100	+ 19 300	889 800	712 900
12 08	Bundesanstalt für Schiffsvermessung in Hamburg	660 500	—	544 200	472 200
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	1 596 000	+ 40 000	7 675 800	6 513 000
12 10	Bundesfernstraßen	18 162 900	+ 8 099 400	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenbau in Köln	2 367 100	+ 1 299 000	1 098 100	683 400
12 12	Krafftahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	16 044 000	+ 1 986 400	7 238 800	5 797 000
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwal- tungsbeamten in Frankfurt (Main)	23 000	—	117 100	118 400
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	1 841 300	+ 359 800	25 055 900	23 062 900
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	262 300	— 82 700	26 306 900	24 873 600
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	35 400	+ 4 000	826 000	748 500
12 17	Luftfahrt	680 000	— 20 000	—	—
	Zusammen	263 651 700	+ 113 434 400	156 724 800	145 107 400
13					
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen ..	—	—	82 700	77 700
13 03	Bundesdruckerei	11 363 400	+ 2 588 100	—	—
	Zusammen	11 363 400	+ 2 588 100	82 700	77 700
14					
	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	36 000	+ 10 500	64 583 000	54 035 800
14 02	Allgemeine Bewilligungen	118 891 000	+ 98 639 300	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	—	—	1 641 872 000	1 293 808 700
14 04	Bundeswehrverwaltung	—	— 1 000	970 766 700	723 091 100
14 05	Bildungswesen	10 000	+ 7 000	—	—
14 06	Seelsorge	15 000	+ 12 000	7 436 500	5 245 700
14 07	Rechtspflege	—	—	3 017 700	2 282 500
14 08	Sanitätswesen	12 000	+ 8 000	—	—
14 10	Verpflegung	—	—	—	—
14 11	Bekleidung	100 000	—	—	—
14 12	Unterbringung	26 980 000	+ 5 866 200	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	3 390 000	— 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	16 000	+ 5 000	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	5 235 500	— 234 500	—	—
14 21	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und nach- geordneter Bereich	870 900	+ 870 900	88 996 600	61 432 200
14 22	Wehrersatzwesen	—	—	50 209 200	38 583 300
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	60 500	+ 60 500	249 681 800	143 945 600
	Zusammen	155 616 900	+ 104 743 900	3 076 563 500	2 322 424 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15
88 000	122 000	67 000	72 000	—	—	1 452 800	+ 47 600	11 09
—	—	4 042 242 000	4 257 086 000	107 300	—	4 042 349 300	— 214 736 700	11 10
—	—	77 422 500	152 250 000	—	—	77 422 500	— 74 827 500	11 11
—	—	528 000 000	—	—	—	528 000 000	+ 528 000 000	11 12
—	—	6 548 005 100	6 503 664 800	—	2 500 000	6 548 005 100	+ 41 840 300	11 13
3 086 200	3 049 500	11 209 021 500	10 925 882 900	17 179 500	386 490 600	11 250 600 700	— 83 993 800	
3 688 700	3 560 000	—	—	20 300	11 400	21 569 200	+ 137 600	12 01
— 25 087 800	— 15 517 600	1 134 130 900	905 057 300	39 570 000	8 072 000	1 148 613 100	+ 251 001 400	12 02
9 703 500	8 723 700	162 445 200	145 860 200	192 459 300	31 835 500	432 695 000	+ 182 957 600	12 03
—	—	—	—	565 000	—	565 000	+ 565 000	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
241 800	179 500	137 600	53 500	6 700	116 200	1 411 100	+ 114 000	12 06
117 700	88 700	149 000	60 000	166 800	30 000	1 323 300	+ 431 700	12 07
63 300	55 200	—	—	—	—	607 500	+ 80 100	12 08
757 900	628 200	1 465 400	1 289 200	1 148 700	1 875 400	11 047 800	+ 742 000	12 09
—	—	2 372 000 000	2 132 000 000	—	—	2 372 000 000	+ 240 000 000	12 10
205 600	131 000	293 500	39 000	772 700	214 700	2 369 900	+ 1 301 800	12 11
2 134 200	1 934 100	5 172 800	4 307 800	7 000	2 015 700	14 552 800	+ 498 200	12 12
33 800	33 800	80 000	79 000	—	—	230 900	— 300	12 13
2 059 900	1 997 300	6 382 800	6 129 600	1 639 200	1 286 300	35 137 800	+ 2 661 700	12 14
2 276 200	2 141 500	11 539 100	8 122 600	12 175 200	8 878 900	52 297 400	+ 8 281 400	12 15
169 700	173 800	140 000	79 500	—	—	1 135 700	+ 133 900	12 16
—	—	99 683 800	92 560 700	—	—	99 683 800	+ 7 123 100	12 17
— 3 635 500	4 129 200	3 793 620 100	3 295 638 400	248 530 900	54 336 100	4 195 240 300	+ 696 029 200	
—	—	—	—	—	—	82 700	+ 5 000	13 01
—	—	—	—	2 778 400	1 025 500	2 778 400	+ 1 752 900	13 03
—	—	—	—	2 778 400	1 025 500	2 861 100	+ 1 757 900	
9 754 700	8 727 500	7 232 800	5 068 000	1 390 600	638 300	82 961 100	+ 14 491 500	14 01
163 340 700	66 204 300	1 114 084 200	2 072 402 900	158 500 000	19 875 000	1 435 924 900	— 722 557 300	14 02
71 243 200	67 814 600	120 059 500	92 268 500	16 611 200	5 968 900	1 849 785 900	+ 389 925 200	14 03
29 630 700	26 726 400	227 800	122 700	1 110 000	688 100	1 001 735 200	+ 251 106 900	14 04
—	—	21 459 100	13 970 700	2 100 900	962 000	23 560 000	+ 8 627 300	14 05
1 112 000	1 068 400	1 076 500	815 800	709 800	292 800	10 334 800	+ 2 912 100	14 06
157 100	154 100	31 000	30 000	1 000	5 000	3 206 800	+ 735 200	14 07
—	—	58 850 000	38 924 000	189 000 000	15 200 000	247 850 000	+ 193 726 000	14 08
—	—	225 994 000	122 586 900	49 880 000	19 174 600	275 874 000	+ 134 112 300	14 10
—	—	244 204 000	265 687 200	374 900 000	335 367 200	619 104 000	+ 18 049 600	14 11
359 950 000	198 193 000	105 851 500	42 700 700	1 484 814 300	224 559 800	1 950 615 800	+ 1 485 162 300	14 12
—	—	10 000 000	6 799 000	50 000 000	40 000 000	60 000 000	+ 13 201 000	14 13
—	—	76 000 000	91 500 000	348 000 000	262 000 000	424 000 000	+ 70 500 000	14 14
—	—	355 364 200	377 695 000	2 680 000 000	1 851 500 000	3 035 364 200	+ 806 169 200	14 15
—	—	5 200 000	4 290 000	49 000 000	10 000 000	54 200 000	+ 39 910 000	14 16
—	—	221 560 000	284 718 000	40 000 000	59 000 000	261 560 000	— 82 158 000	14 17
—	—	71 900 000	72 600 000	477 000 000	441 853 200	548 900 000	+ 34 446 800	14 18
—	—	514 200 000	288 260 000	1 849 300 000	1 104 136 700	2 363 500 000	+ 971 103 300	14 19
8 318 700	7 414 700	13 423 400	10 948 700	22 758 500	21 751 100	133 497 200	+ 31 950 500	14 21
5 631 900	3 898 600	12 634 500	11 031 700	215 100	110 000	68 690 700	+ 15 067 100	14 22
—	—	11 231 600	5 070 800	—	—	260 913 400	+ 111 897 000	14 23
649 139 000	380 201 600	3 190 584 100	3 807 490 600	7 795 291 400	4 413 082 900	14 711 578 000	+ 3 788 378 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	300	+ 300	1 837 300	—
15 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Zusammen	300	+ 300	1 837 300	—
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	20 000	+ 11 000	2 334 900	2 152 700
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	12 900	— 1 400	9 681 900	8 701 200
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ..	32 000 400	+ 32 000 400	2 443 300	—
23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Zusammen	32 000 400	+ 32 000 400	2 443 300	—
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	161 600	+ 39 300	5 366 200	6 632 300
24 02	Allgemeine Bewilligungen	189 491 100	+ 80 273 300	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	227 976 900	+ 41 838 200	—	—
24 04	Bundesbaudirektion Berlin	246 700	+ 38 100	6 099 200	5 807 500
	Zusammen	417 876 300	+ 122 188 900	11 465 400	12 439 800
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	24 900	+ 7 000	5 762 400	4 945 800
25 02	Allgemeine Bewilligungen	162 671 500	+ 18 476 000	—	—
	Zusammen	162 696 400	+ 18 483 000	5 762 400	4 945 800
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	2 000	+ 500	4 071 600	3 747 700
26 02	Allgemeine Bewilligungen	7 350 000	+ 1 520 000	—	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, Gießen und Uelzen	1 100	+ 100	4 635 800	4 698 400
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	4 600	+ 200	2 818 200	2 621 700
	Zusammen	7 357 700	+ 1 520 800	11 525 600	11 067 800
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	100 700	— 65 100	4 331 400	4 136 600
27 02	Allgemeine Bewilligungen	89 000	+ 89 000	—	—
	Zusammen	189 700	+ 23 900	4 331 400	4 136 600
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 800	— 3 400	726 700	640 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	
								15
471 800	—	—	—	324 800	—	2 633 900	+ 2 633 900	15 01
—	—	150 000	—	—	—	150 000	+ 150 000	15 02
471 800	—	150 000	—	324 800	—	2 783 900	+ 2 783 900	
342 500	338 500	4 000	4 000	1 222 500	200 000	3 903 400	+ 1 208 200	19 01
1 300 700	1 199 000	100 000	100 000	25 000	26 800	11 107 600	+ 1 080 600	20 01
614 800	—	—	—	739 000	—	3 797 100	+ 3 797 100	23 01
—	—	201 195 100	—	—	—	201 195 100	+ 201 195 100	23 02
614 800	—	201 195 100	—	739 000	—	204 992 200	+ 204 992 200	
832 500	923 000	—	—	4 700	71 900	6 203 400	— 1 423 800	24 01
—	—	11 202 500	7 700 000	—	—	11 202 500	+ 3 502 500	24 02
50 200 000	56 700 000	87 804 000	76 367 100	52 574 200	34 835 200	190 578 200	+ 22 675 900	24 03
6 355 800	2 719 500	90 000	70 000	4 700	5 300	12 549 700	+ 3 947 400	24 04
57 388 300	60 342 500	99 096 500	84 137 100	52 583 600	34 912 400	220 533 800	+ 28 702 000	
759 500	685 500	100 000	90 000	6 700	17 800	6 628 600	+ 889 500	25 01
—	—	1 239 736 100	1 527 113 800	73 450 000	57 353 300	1 313 186 100	— 271 281 000	25 02
759 500	685 500	1 239 836 100	1 527 203 800	73 456 700	57 371 100	1 319 814 700	— 270 391 500	
492 000	487 500	—	—	—	—	4 563 600	+ 328 400	26 01
—	—	173 183 800	125 842 200	1 609 400	1 500 000	174 763 200	+ 19 421 000	26 02
583 300	605 200	12 000	9 000	102 000	—	5 333 100	+ 20 500	26 03
320 800	350 200	—	—	6 800	9 500	3 145 800	+ 164 400	26 05
1 396 100	1 442 900	173 165 800	125 851 200	1 718 200	1 509 500	187 805 700	+ 19 934 300	
1 226 900	1 102 300	—	140 781 400	397 700	10 100	5 956 000	— 140 074 400	27 01
—	—	133 535 000	—	880 500	—	134 415 500	+ 134 515 500	27 02
1 226 900	1 102 300	133 535 000	140 781 400	1 278 200	10 100	140 371 500	— 5 658 900	
108 900	101 600	—	—	—	23 100	835 600	+ 70 200	28 01

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	DM
		DM	DM	DM	1961
1	2	3	4	5	6
	29				
	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen				
29 01	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen	5 563 500	+ 1 525 300	1 600 600	1 485 700
	30				
	Bundesminister für besondere Aufgaben				
30 01	Bundesministerium für besondere Aufgaben	100	+ 100	309 800	—
	31				
	Bundesminister für Atomkernenergie				
31 01	Bundesministerium für Atomkernenergie	9 700	+ 3 900	4 577 000	3 467 500
31 02	Allgemeine Bewilligungen für die Atomkernenergiefor- schung und -nutzung	251 000	+ 86 000	—	—
31 03	Allgemeine Bewilligungen für die Wasserwirtschaft	100	+ 100	—	—
31 04	Allgemeine Bewilligungen für die Weltraumforschung ..	—	—	—	—
	Zusammen	260 800	+ 90 000	4 577 000	3 467 500
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	1 207 800	— 115 100	8 705 100	8 341 800
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldenurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewähr- leistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenver- waltung unterliegen	1 200 000	—	—	—
	Zusammen	2 407 800	— 115 100	8 705 100	8 341 800
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	—	—	138 331 000	75 900 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	125 255 000	38 765 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungs- gesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	96 330 000	76 260 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffent- lichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienst- stellen sowie ihrer Hinterbliebenen	6 000 000	+ 2 000 000	1 307 985 000	1 041 400 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	1 500 000	+ 1 000 000	799 725 000	532 280 000
	Zusammen	7 500 000	+ 3 000 000	2 467 626 000	1 764 605 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufent- halt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	2 300 000	+ 300 000	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	10 000	—	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	150 000	+ 50 000	—	—
36 06	Auftragsausgaben in der Bundesrepublik	—	—	—	—
35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammen- hang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	75 050 000	+ 10 450 000	—	—
35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	118 000	+ 2 000	—	—
	Zusammen	77 628 000	+ 10 802 000	—	—

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15
440 800	429 900	84 287 500	82 461 600	22 000	—	86 350 900	+ 1 973 700	29 01
147 200	—	—	—	75 300	—	532 300	+ 532 300	30 01
986 700	806 400	—	—	123 400	4 500	5 687 100	+ 1 408 700	31 01
398 600	267 000	94 576 900	66 353 300	170 374 900	98 224 500	265 350 400	+ 100 505 600	31 02
80 000	100 000	1 240 000	1 065 000	—	100 000	1 320 000	+ 55 000	31 03
77 000	—	35 003 000	—	20 000	—	35 100 000	+ 35 100 000	31 04
1 542 300	1 173 400	130 819 900	67 418 300	170 518 300	98 329 000	307 457 500	+ 137 069 300	
1 682 900	1 745 300	71 349 200	76 676 600	—	—	81 737 200	— 5 026 500	32 03
—	—	1 388 857 500	1 362 237 400	—	—	1 388 857 500	+ 26 620 100	32 05
—	—	50 010 000	50 050 000	—	—	50 010 000	— 40 000	32 07
—	—	200 000 000	175 000 000	—	—	200 000 000	+ 25 000 000	32 08
—	—	563 898 100	532 132 000	—	—	563 898 100	+ 31 766 100	32 09
1 682 900	1 745 300	2 274 114 800	2 196 096 000	—	—	2 284 502 800	+ 78 319 700	
— 125 255 000	— 38 765 000	—	—	—	—	— 125 255 000	— 86 490 000	33 02
—	—	—	—	—	—	138 331 000	+ 62 431 000	33 03
—	—	—	—	—	—	125 255 000	+ 86 490 000	33 04
—	—	—	—	—	—	96 330 000	+ 20 070 000	33 06
—	—	—	—	—	—	1 307 985 000	+ 266 585 000	33 07
—	—	—	—	—	—	799 725 000	+ 267 445 000	33 08
— 125 255 000	— 38 765 000	—	—	—	—	2 342 371 000	+ 616 531 000	
—	—	201 526 900	175 774 000	—	—	201 526 900	+ 25 752 900	35 02
—	—	1 262 000	1 286 800	—	—	1 262 000	— 24 800	35 03
—	—	81 845 800	28 854 900	—	—	81 845 800	+ 52 990 900	35 04
—	—	34 000 000	—	—	—	34 000 000	+ 34 000 000	35 06
—	—	123 310 000	147 950 000	80 850 000	78 400 000	204 160 000	— 22 190 000	35 11 a
—	—	11 476 000	11 711 000	10 160 000	150 000	21 636 000	+ 9 775 000	35 11 b
—	—	453 420 700	365 576 700	91 010 000	78 550 000	544 430 700	+ 100 304 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	36				
	Zivile Notstandsplanung				
36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	145 000	— 2 000	—	—
36 05	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft ...	—	—	—	—
36 06	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung ...	—	—	—	—
36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	5 000	— 3 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	41 000	+ 41 000	—	—
36 09	Maßnahmen des baulichen Luftschutzes zum Schutze der Zivilbevölkerung	13 700	— 17 000	—	—
	Zusammen	204 700	+ 19 000	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	20 260 000 000	+ 1 840 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	12 082 000 000	+ 1 617 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	13 551 000 000	+ 1 349 000 000		
	Abgaben	18 200 000	— 4 800 000		
	Lastenausgleich	2 040 000 000	+ 100 000 000		
	Zusammen	47 951 200 000	+ 4 901 200 000	—	—
60 02*)	Allgemeine Bewilligungen	1 800 536 400	+ 1 127 949 700	522 900	500 000 000
60 04*)	Sonderleistungen des Bundes	7 150 000	— 3 100 000	7 560 000	2 900 000
60 05*)	Bundeshilfe für Berlin	—	—	—	—
60 06*)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	1 400	+ 1 400	—	—
	Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 26—28)				
	Zusammen	49 758 887 800	+ 6 026 051 100	8 082 900	502 900 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	
—	—	53 393 000	30 349 000	260 305 000	156 870 000	313 698 000	+ 126 479 000	36 04
—	—	17 519 000	1 730 000	3 120 000	8 290 000	20 639 000	+ 10 619 000	36 05
—	—	103 904 200	89 642 500	—	—	103 904 200	+ 14 261 700	36 06
—	—	17 852 600	16 040 000	119 060 000	80 560 000	136 912 600	+ 40 312 600	36 07
—	—	35 500	—	100 099 500	85 450 000	100 135 000	+ 14 685 000	36 08
—	—	3 970 000	6 700 000	1 000 000	500 000	4 970 000	— 2 230 000	36 09
—	—	196 674 300	144 461 500	483 584 500	331 670 000	680 258 800	+ 204 127 300	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
4 130 000	2 377 000	282 939 500	256 580 600	452 489 500	373 790 300	174 202 900	— 445 383 800	60 02 *)
—	—	4 658 488 800	4 292 366 800	91 075 000	10 000 000	4 757 123 800	+ 451 857 000	60 04 *)
—	—	1 278 690 000	832 150 000	—	—	1 278 690 000	+ 446 540 000	60 05 *)
—	—	435 232 500	254 956 600	—	—	435 232 500	+ 180 275 900	60 06 *)
4 130 000	2 377 000	6 089 471 800	5 122 892 800	543 564 500	383 790 300	6 645 249 200	+ 633 289 100	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	gegenüber 1961
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
A 06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	37 000 000	+ 3 000 000
A 06 25	Bundsgrenzschutz	—	—	—	— 50 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	37 000 000	— 47 000 000
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	502 600 000	+ 190 400 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	502 600 000	+ 190 400 000
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	47 000 000	+ 47 000 000
A 12 03	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	5 000 000	+ 3 000 000	5 300 000	— 137 238 200
A 12 17	Luftfahrt	—	—	41 035 000	+ 20 256 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	5 000 000	+ 3 000 000	93 335 000	— 69 982 200
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 12	Unterbringung	—	—	265 192 900	+ 3 192 900
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	265 192 900	+ 3 192 900
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	175 000 000	+ 175 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	175 000 000	+ 175 000 000
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	18 500 000	— 7 400 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	18 500 000	— 7 400 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap. 13
1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	
5 976 400 1 321 200 33 283 600	2 151 400 1 231 100 2 134 700	+ 3 825 000 + 90 100 + 31 148 900	593 949 500 250 487 600 890 335 200	515 553 800 250 064 100 963 744 700	+ 78 395 700 + 423 500 — 26 192 800	06 02 u. A 06 02 06 25 u. A 06 25
40 581 200	5 517 200	+ 35 064 000	1 734 772 300	1 729 362 600	+ 5 409 700	
491 051 200 9 811 100	480 444 800 7 724 100	+ 10 606 400 + 2 087 000	3 727 554 700 57 965 400	3 213 955 300 53 316 100	+ 513 599 400 + 4 649 300	
500 862 300	488 168 900	+ 12 693 400	3 785 520 100	3 267 271 400	+ 518 248 700	12 02 u. A 12 02 12 03 u. A 12 03 12 17 u. A 12 17
120 309 300 106 178 600 680 000 41 483 800	27 230 500 94 648 600 700 000 29 638 200	+ 93 078 800 + 11 530 000 — 20 000 + 11 845 600	1 195 613 100 437 995 000 140 718 800 2 514 248 400	897 611 700 392 275 600 113 339 700 2 259 301 300	+ 298 001 400 + 45 719 400 + 27 379 100 + 254 947 100	
268 651 700	152 217 300	+ 116 434 400	4 288 575 300	3 662 528 300	+ 626 047 000	
26 980 000 128 636 900	21 113 800 29 759 200	+ 5 866 200 + 98 877 700	2 215 808 700 12 760 962 200	727 453 500 10 457 746 500	+ 1 488 355 200 + 2 303 215 700	14 12 u. A 14 12
155 616 900	50 873 000	+ 104 743 900	14 976 770 900	11 185 200 000	+ 3 791 570 900	
— 32 000 400	— —	— + 32 000 400	376 195 100 3 797 100	— —	+ 376 195 100 + 3 797 100	
32 000 400	—	+ 32 000 400	379 992 200	—	+ 379 992 200	A 23 02 u. 23 02 23 01
189 491 100 228 385 200	109 217 800 186 469 600	+ 80 273 300 + 41 915 600	29 702 500 209 331 300	33 600 000 184 131 800	— 3 897 500 + 25 199 500	
417 876 300	295 687 400	+ 122 188 900	239 033 800	217 731 800	+ 21 302 000	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	242 000 000	+ 237 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	242 000 000	+ 237 000 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	1 802 047 100	— 1 229 038 300	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	1 802 047 100	— 1 229 038 300	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	—	—	80 000 000	— 25 000 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	4 000 000	+ 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	84 000 000	— 24 500 000
	36				
	Zivile Notstandsplanung				
A 36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	—	—	—	— 44 500 000
A 36 05	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft	—	—	—	— 33 430 000
A 36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	—	—	—	— 23 145 000
A 36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	—	—	— 3 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 104 575 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 4 000 000
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	111 979 200	+ 26 401 000
A 60 05	Bundeshilfe für Berlin	—	—	274 500 000	— 500 000
A 60 06	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	—	—	2 940 000	— 50 925 000
A 60 07	Entwicklungshilfe	—	—	—	— 1 500 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	389 419 200	— 1 529 024 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1962 DM 7	1961 DM 8	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM 9	1962 DM 10	1961 DM 11	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM 12	
162 671 500	144 195 500	+ 18 476 000	1 555 186 100	1 589 467 100	— 34 281 000	25 02 u. A 25 02
24 900	17 900	+ 7 000	6 628 600	5 739 100	+ 889 500	
162 696 400	144 213 400	+ 18 483 000	1 561 814 700	1 595 206 200	— 33 391 500	A 32 01
1 802 047 100	3 031 085 400	— 1 229 038 300	—	—	—	
2 407 800	2 522 900	— 115 100	2 284 502 800	2 206 183 100	+ 78 319 700	
1 804 454 900	3 033 608 300	— 1 229 153 400	2 284 502 800	2 206 183 100	+ 78 319 700	35 11a u. A 35 11a 35 11b u. A 35 11b
75 050 000	61 600 000	+ 10 450 000	284 160 000	331 350 000	— 47 190 000	
118 000	116 000	+ 2 000	25 636 000	15 361 000	+ 10 275 000	
2 460 000	2 110 000	+ 350 000	318 634 700	295 915 700	+ 112 719 000	
77 628 000	66 826 000	+ 10 802 000	628 430 700	552 626 700	+ 75 804 000	36 04 36 05 36 07 36 08
145 000	147 000	— 2 000	313 698 000	231 719 000	+ 81 979 000	
—	—	—	20 639 000	43 450 000	— 22 811 000	
5 000	8 000	— 3 000	136 912 600	119 745 000	+ 17 167 600	
41 000	—	+ 41 000	100 135 000	88 950 000	+ 11 185 000	
13 700	30 700	— 17 000	108 874 200	96 842 500	+ 12 031 700	
204 700	185 700	+ 19 000	680 258 800	580 706 500	+ 99 552 300	60 02 u. A 60 02 60 04 u. A 60 04 60 05 u. A 60 05 60 06 u. A 60 06 A 60 07
1 800 536 400	672 586 700	+ 1 127 949 700	174 202 900	623 586 700	— 449 383 800	
7 150 000	10 250 000	— 3 100 000	4 869 103 000	4 390 845 000	+ 478 258 000	
—	—	—	1 553 190 000	1 107 150 000	+ 446 040 000	
1 400	—	+ 1 400	438 172 500	308 821 600	+ 129 350 900	
—	—	—	—	1 500 000 000	— 1 500 000 000	
47 951 200 000	43 050 000 000	+ 4 901 200 000	—	—	—	
49 758 887 800	43 732 836 700	+ 6 026 051 100	7 034 668 400	7 930 403 300	— 895 734 900	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Zusammen

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	29 200	— 6 000	1 429 900	1 270 700
02	Deutscher Bundestag	185 900	— 12 200	9 805 500	8 438 600
03	Bundesrat	23 200	— 1 000	1 281 600	1 175 300
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	15 234 200	+ 15 016 200	10 031 900	9 300 800
05	Auswärtiges Amt	5 288 200	+ 1 099 200	145 556 400	139 347 000
06	Bundesminister des Innern	40 581 200	+ 1 136 000	223 805 900	200 634 000
07	Bundesminister der Justiz	56 607 000	+ 7 219 200	46 936 300	42 040 800
08	Bundesminister der Finanzen	40 020 900	+ 3 175 300	468 393 100	421 168 300
09	Bundesminister für Wirtschaft	17 424 400	+ 2 583 500	62 521 400	55 463 600
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	500 862 300	+ 12 693 400	35 255 000	31 009 600
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	17 808 500	+ 1 868 400	21 313 500	19 171 500
12	Bundesminister für Verkehr	263 651 700	+ 113 434 400	156 724 800	145 107 400
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	11 363 400	+ 2 588 100	82 700	77 700
14	Bundesminister der Verteidigung	155 616 900	+ 104 743 900	3 076 563 500	2 322 424 900
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	300	+ 300	1 837 300	—
19	Bundesverfassungsgericht	20 000	+ 11 000	2 334 900	2 152 700
20	Bundesrechnungshof	12 900	— 1 400	9 681 900	8 701 200
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	32 000 400	+ 32 000 400	2 443 300	—
24	Bundesschatzminister	417 876 300	+ 122 188 900	11 465 400	12 439 800
25	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	162 696 400	+ 18 483 000	5 762 400	4 945 800
26	Bundesminister für Vertriebene	7 357 700	+ 1 520 800	11 525 600	11 067 800
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	189 700	+ 23 900	4 331 400	4 136 600
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 800	— 3 400	726 700	640 700
29	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	5 563 500	+ 1 525 300	1 600 600	1 485 700
30	Bundesminister für besondere Aufgaben	100	+ 100	309 800	—
31	Bundesminister für Atomkernenergie	260 800	+ 90 000	4 577 000	3 467 500
32	Bundesschuld	2 407 800	— 115 100	8 705 100	8 341 800
33	Versorgung	7 500 000	+ 3 000 000	2 467 626 000	1 764 605 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	77 628 000	+ 10 802 000	—	—
36	Zivile Notstandsplanung	204 700	+ 19 000	—	—
40	Soziale Kriegsfolgeleistungen*)	—	—	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	49 758 887 800	+ 6 026 051 100	8 082 900	502 900 000
*) Ab 1962 in den Abschlußzahlen der Epl. 06, 26 und 60 enthalten					
Insgesamt		51 597 306 200	+ 6 481 134 300	6 800 711 800	5 721 514 800

Außerordentlicher Haushalt

Epl.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	gegenüber 1961
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	mehr (+) weniger (—) DM
16	17	18	19	20	21
06	Bundesminister des Innern	—	—	37 000 000	— 47 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	502 600 000	+ 190 400 000
12	Bundesminister für Verkehr	5 000 000	+ 3 000 000	93 335 000	— 69 982 200
14	Bundesminister der Verteidigung	—	—	265 192 900	+ 3 192 900
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	175 000 000	+ 175 000 000
24	Bundesschatzminister	—	—	18 500 000	— 7 400 000
25	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	—	—	242 000 000	+ 237 000 000
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	—	—	—	— 28 000 000
31	Bundesminister für Atomkernenergie	—	—	—	— 21 150 000
32	Bundesschuld	1 802 047 100	— 1 229 038 300	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	84 000 000	— 24 500 000
36	Zivile Notstandsplanung	—	—	—	— 104 575 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	—	389 419 200	— 1 529 024 000
	Ubrige Einzelpläne ohne außerordentlichen Haushalt ..	—	—	—	—
Insgesamt		1 807 047 100	— 1 226 038 300	1 807 047 100	— 1 226 038 300

stellung

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Epl.	
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)		
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14		
892 600	724 600	1 665 000	663 000	304 500	65 900	4 292 000	+	1 567 800	01
4 913 600	4 269 300	23 830 900	23 467 800	1 085 000	1 713 000	39 635 000	+	1 746 300	02
440 100	415 800	234 000	184 900	—	—	1 955 700	+	179 700	03
— 5 486 700	— 6 128 800	130 778 300	114 357 100	2 214 400	675 600	137 537 900	+	19 333 200	04
45 038 100	39 929 800	214 431 200	263 694 800	36 210 200	12 203 200	441 235 900	—	13 938 900	05
30 859 400	28 871 100	1 244 559 900	1 236 977 700	198 547 100	178 879 800	1 697 772 300	+	52 409 700	06
5 377 700	5 005 900	6 954 500	6 468 100	439 000	982 400	59 707 500	+	5 210 300	07
125 204 300	116 684 600	7 177 500	180 130 900	23 900 700	20 634 100	624 675 600	—	113 942 300	08
11 461 800	10 137 900	72 922 700	62 760 200	17 086 600	19 949 700	163 992 500	+	15 681 100	09
7 439 000	6 609 500	2 298 335 600	1 869 022 600	941 890 500	1 048 429 700	3 282 920 100	+	327 848 700	10
3 086 200	3 049 500	11 209 021 500	10 925 882 900	17 179 500	386 490 600	11 250 600 700	—	83 993 800	11
— 3 635 500	4 129 200	3 793 620 100	3 295 638 400	248 530 900	54 336 100	4 195 240 300	+	696 029 200	12
—	—	—	—	2 778 400	1 025 500	2 861 100	+	1 757 900	13
649 139 000	380 201 600	3 190 584 100	3 807 490 600	7 795 291 400	4 413 082 900	14 711 578 000	+	3 788 378 000	14
471 800	—	150 000	—	324 800	—	2 783 900	+	2 783 900	15
342 500	338 500	4 000	4 000	1 222 000	200 000	3 903 400	+	1 208 200	19
1 300 700	1 199 000	100 000	100 000	25 000	26 800	11 107 600	+	1 080 600	20
614 800	—	201 195 100	—	739 000	—	204 992 200	+	204 992 200	23
57 388 300	60 342 500	99 096 500	84 137 100	52 583 600	34 912 400	220 533 800	+	28 702 000	24
759 500	685 500	1 239 836 100	1 527 203 800	73 456 700	57 371 100	1 319 814 700	—	270 391 500	25
1 396 100	1 442 900	173 165 800	125 851 200	1 718 200	1 509 500	187 805 700	+	47 934 300	26
1 226 900	1 102 300	133 535 000	140 781 400	1 278 200	10 100	140 371 500	—	5 658 900	27
108 900	101 600	—	—	—	23 100	835 600	+	70 200	28
440 800	429 900	84 287 500	82 461 600	22 000	—	86 350 900	+	1 973 700	29
147 200	—	—	—	75 300	—	532 300	+	532 300	30
1 542 300	1 173 400	130 819 900	67 418 300	170 518 300	98 329 000	307 457 500	+	137 069 300	31
1 682 900	1 745 300	2 274 114 800	2 196 096 000	—	—	2 284 502 800	+	78 319 700	32
— 125 255 000	— 38 765 000	—	—	—	—	2 342 371 000	+	616 531 000	33
—	—	453 420 700	365 576 700	91 010 000	78 550 000	544 430 700	+	100 304 000	35
—	—	196 674 300	144 461 500	483 584 500	331 670 000	680 258 800	+	204 127 300	36
—	—	—	—	—	—	—	—	—	40
4 130 000	2 377 000	6 089 471 800	5 122 892 800	543 564 500	383 790 300	6 645 249 200	+	633 289 100	60
821 027 300	626 072 900	33 269 986 800	31 643 723 400	10 705 580 300	7 124 860 800	51 597 306 200	+	6 481 134 300	

Gesamtabschluß

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Epl.
1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
22	23	24	25	26	27	
40 581 200	39 445 200	+ 1 136 000	1 734 772 300	1 729 362 600	+ 5 409 700	06
500 862 300	488 168 900	+ 12 693 400	3 785 520 100	3 267 271 400	+ 518 248 700	10
268 651 700	152 217 300	+ 116 434 400	4 288 575 300	3 662 528 300	+ 626 047 000	12
155 616 900	50 873 000	+ 104 743 900	14 976 770 900	11 185 200 000	+ 3 791 570 900	14
32 000 400	—	+ 32 000 400	379 992 200	—	+ 379 992 200	23
417 876 300	295 687 400	+ 122 188 900	239 033 800	217 731 800	+ 21 302 000	24
162 696 400	144 213 400	+ 18 483 000	1 561 814 700	1 595 206 200	— 33 391 500	25
7 357 700	5 836 900	+ 1 520 800	187 805 700	167 871 400	+ 19 934 300	26
260 800	170 800	+ 90 000	307 457 500	191 538 200	+ 115 919 300	31
1 804 454 900	3 033 608 300	— 1 229 153 400	2 284 502 800	2 206 183 100	+ 78 319 700	32
77 628 000	66 826 000	+ 10 802 000	628 430 700	552 626 700	+ 75 804 000	35
204 700	185 700	+ 19 000	680 258 800	580 706 500	+ 99 552 300	36
49 758 887 800	43 732 836 700	+ 6 026 051 100	7 034 668 400	7 930 403 300	— 895 734 900	60
177 274 200	139 187 700	+ 38 086 500	15 314 750 100	14 862 627 800	+ 452 122 300	
53 404 353 300	48 149 257 300	+ 5 255 096 000	53 404 353 300	48 149 257 300	+ 5 255 096 000	